

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Barbara Höll und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/6550 —

Überplanmäßige Ausgaben im dritten Haushaltsvierteljahr 1993 in den Einzelplänen 06, 08 und 17

Mit Schreiben vom 26. November 1993 hat das Bundesministerium der Finanzen den Deutschen Bundestag von den bewilligten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im dritten Vierteljahr des Haushaltsjahres 1993 unterrichtet (Drucksache 12/6292). Insbesondere im Einzelplan 06 (Bundesminister des Innern), im Einzelplan 08 (Bundesminister der Finanzen) sowie im Einzelplan 17 (Bundesminister für Frauen und Jugend) sind einige Ausgabetitel beträchtlich erhöht worden. So wurde z. B. im Einzelplan 06 der Ansatz „Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen“, der laut Haushaltsplan 4,495 Mio. DM betrug, durch eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 5,260 Mio. DM mehr als verdoppelt.

1. Welches unvorhergesehene und unabweisbare Bedürfnis führte beim Bundesgrenzschutz zu einem Mehrbedarf bei den Ausgaben für „Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen“ im dritten Quartal des Haushaltsjahres 1993 in Höhe von 5,26 Mio. DM und fand die Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen zu einer überplanmäßigen Ausgabe in dieser Höhe?

Kapitel 06 25 Titel 527 02 wird fast ausschließlich für die im Rahmen der – gemäß § 63 Abs. 4 Nr. 1 AuslG von den mit der grenzpolizeilichen Kontrolle beauftragten Behörden durchzuführenden – Rückführung von Ausländern entstehenden Begleitkosten durch Beamte des Bundesgrenzschutzes in Anspruch genommen.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich die Zahl der Begleitungen im Haushaltsjahr 1993 mehr als verdoppelt.

Dieser sprunghafte Anstieg der rückzuführenden Ausländer durch den BGS war auch zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtragshaushalts 1993 in diesem Umfang nicht erkennbar.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 31. Januar 1994 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Mit welcher Begründung bat das Bundesministerium des Innern das Bundesministerium der Finanzen um dessen Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in dieser Höhe?

Die Höhe der beantragten überplanmäßigen Ausgaben errechnete sich aus der gestiegenen Zahl von Begleitungen bei Rückführungen im 1. Halbjahr 1993. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war im 1. Halbjahr 1993 eine Steigerung der begleitenden Rückführungen des BGS von 76,4 % zu verzeichnen. Für das 2. Halbjahr wurde ein weiterer Anstieg prognostiziert.

Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Welche Auslandsdienstreisen von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes konnten im dritten Quartal 1993 aus dem Haushaltsansatz von rd. 4,5 Mio. DM nicht mehr finanziert werden und erforderten deshalb zusätzliche Mittel in Höhe von 5,26 Mio. DM?

Bei den im 3. Quartal 1993 nicht mehr aus dem Haushaltsansatz von rd. 4,5 Mio. DM zu finanzierenden Auslandsreisen von Angehörigen des BGS handelte es sich um Dienstreisen für Begleitungen bei Rückführungen gemäß § 63 Abs. 4 Nr. 1 AuslG.

Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

4. Welche Aufgaben des Bundesgrenzschutzes sollten mit Hilfe dieser Auslandsdienstreisen erfüllt werden?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

5. Wodurch ist beim Bundesgrenzschutz bei Gerichts- und gerichtähnlichen Kosten im Laufe des dritten Quartals 1993 aus Arbeitsgerichtsverfahren von Angehörigen der Paßkontrolleinheiten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber dem Haushaltsansatz von 200 000 DM ein Mehrbedarf in Höhe von 530 000 DM entstanden?

Zum Zeitpunkt der Beantragung der überplanmäßigen Ausgaben beim Bundesministerium der Finanzen im Mai 1993 errechnete sich der Mehrbedarf an Gerichtskosten aus 446 von Angehörigen der Paßkontrolleinheiten eingeleiteten, in Durchführung befindlichen bzw. abgeschlossenen Arbeitsgerichtsverfahren gegen den Bund.

Der errechnete Mehrbedarf enthielt die im ungünstigsten Fall für den Bund zu erwartenden Gesamtkosten. Tatsächlich sind im Haushaltsjahr 1993 überplanmäßige Ausgaben in Höhe von lediglich 34 000 DM angefallen.

6. Entspricht die Zuordnung der überplanmäßigen Ausgabe von 810 000 DM beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zur Finanzierung des Transports der im Zusammenhang mit der Änderung des Asylrechts erstellten Fingerabdruckblätter zu den Ausgaben für „Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften“ dem Gebot der Haushaltsklarheit und -wahrheit?

Wenn ja, warum?

Ja.

Nach § 13 BHO richtet sich die Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach dem Gruppierungsplan, der für die Einteilung der Titel des Haushaltsplans maßgebend ist. Laut Gruppierungsplan sind bei Titeln der Gruppe 511 u. a. Transport- und Frachtkosten zu veranschlagen.

7. Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der von ihr stets als Erfolg der Asylrechtsänderung propagierten rückläufigen Zuwanderung ins Bundesgebiet und dem beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im dritten Quartal 1993 im Zusammenhang mit der Asylrechtsänderung entstandenen und durch überplanmäßige Ausgaben gedeckten Mehrbedarf bei den Kosten für den Transport der Fingerabdruckblätter, bei den Wartungskosten für die Fotokopiergeräte und bei den Reisekostenvergütungen für Inlandsdienststreisen?

Ein Widerspruch ist nicht ersichtlich.

Die Asylrechtsänderung vom 1. Juli 1992 bzw. 1. April 1993 ging von einer Beschleunigung der Asylverfahren, insbesondere durch Einrichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder und Außenstellen des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFl) vor Ort aus. Die Stellenausstattung des BAFl entsprach dem ursprünglich prognostizierten Zugang von bis zu 440 000 Asylbewerbern. Demgegenüber waren die Sachtitel nach dem Personalstand des Vorjahres veranschlagt worden.

Durch die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts 1993 noch nicht erkennbaren Wirkungen der Sofortmaßnahmen kam es früher als erwartet zu der gestiegenen Erledigungszahl und damit zu den angesprochenen Mehrausgaben.

8. Welches unabweisbare und unvorhergesehene Bedürfnis führte im dritten Vierteljahr 1993 beim Bundesamt für Finanzen bei den Leistungsentgelten für Post- und Fernmeldedienstleistungen sowie bei Rundfunk- und Fernsehgebühren gegenüber dem Haushaltsansatz von 2,1 Mio. DM zu Mehrausgaben von 1,82 Mio. DM?

Die überplanmäßige Ausgabe beim Bundesamt für Finanzen für Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen in Höhe von 1,82 Mio. DM war unabweisbar, um die dem Bundesamt für Finanzen – Zentralstelle Umsatzsteuerkontrollverfahren/ Außenstelle Saarlouis – ab 1. Januar 1993 nach dem Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetz übertragenen Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen zu können.

Des weiteren war das Bedürfnis unvorhergesehen, da bei Aufstellung des Haushalts 1993 nicht mit einem so hohen Arbeitsanfall in

Ausführung des Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetzes und einem damit verbundenen hohen Anstieg der Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen gerechnet wurde.

9. Warum war das Bundesministerium der Finanzen nicht in der Lage, den aufgrund des am 25. August 1992 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Umsatzsteuer-Binnenmarktgesetzes beim Bundesamt für Finanzen im Zusammenhang mit der Einrichtung einer zentralen Kontrollstelle in Saarlouis 1993 entstandenen Bedarf an Ausrüstungsgegenständen realistisch einzuschätzen?

Die überplanmäßige Ausgabe für Ausrüstungsgegenstände in Höhe von 85 260 DM war bei Aufstellung des Haushalts 1993 nicht zu erwarten. Der Betrag wurde

- für die Ersatzbeschaffung einer seit 1989 eingesetzten Frankiermaschine (24 010 DM), die durch die hohe Beanspruchung des durch die Übertragung weiterer Aufgaben enorm gestiegenen Postaufkommens reparaturanfällig geworden ist, daher häufig ausfiel und dadurch die Arbeit stark behinderte,
- für die Ersatzbeschaffung von 1 500 Archiv-Systemen (23 830 DM), die durch den unerwartet großen Umfang der jährlich abzugebenden Zentralen Meldungen (ZM) in Höhe von ca. 1,2 Mio. Stück erforderlich wurden, da die ZM nach ihrer Erfassung übersichtlich aufbewahrt werden müssen sowie
- für 200 Aluminium-Transportboxen (37 420 DM), da der Versand der ZM an die Fremderfasser wegen ihres bedeutsamen Inhalts aus Gründen des Datenschutzes in verschlossenen Transportgefäßen erfolgen muß,

benötigt.

10. Aufgrund welcher unvorhergesehenen Umstände sah sich das Bundesministerium für Frauen und Jugend im Zusammenhang mit dem Konkurs der Gesellschaft zur Förderung berufsspezifischer Ausbildung zur Inanspruchnahme eines Anwaltsbüros veranlaßt, als deren Folge der Haushaltsansatz für Kosten für Sachverständige von 18 000 DM überplanmäßig um 160 000 DM erhöht werden mußte?

Die Gesellschaft zur Förderung berufsspezifischer Ausbildung e. V. – GFBA – hat am 19. Mai 1993 Konkurs angemeldet.

Der Konkurs war bei Aufstellung des Bundeshaushalts 1993 nicht vorherzusehen. Die GFBA hat für das Bundesministerium für Frauen und Jugend im Auftrag der Otto Benecke Stiftung e. V. in großem Umfang bundesweit Sprachkurse als Eingliederungsmaßnahmen für jugendliche Aussiedler durchgeführt.

Die Fragestellungen, die sich aus dem Konkurs der GFBA und der im Interesse der jugendlichen Aussiedler notwendigen Weiterführung der Sprachkurse nach Eröffnung des Konkurses ergeben, sind sehr komplexer juristischer Natur (§ 613 a BGB, allgemeines Vertragsrecht, Aufrechnung im Konkurs, Durchgriffshaftung in analoger Anwendung der §§ 302, 303 AG).

Sachverstand, um derartig diffizile Fragestellungen abschließend beurteilen zu können und die Folgen für die Bundesrepublik Deutschland abzuschätzen, ist im Ministerium nicht vorhanden. Das Ministerium hat deshalb mit einem in Konkursverfahren besonders erfahrenen Anwaltsbüro einen Pauschalvertrag geschlossen, der sämtliche mit der Insolvenz direkt im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten bis zum Prozeß einschließt. Das Anwaltsbüro berechnet hierfür pauschal 130 000 DM zuzüglich Auslagen und Mehrwertsteuer.

Da dem Ministerium bei Kapitel 17 01 Titel 526 02 im Haushaltsjahr 1993 nur ein Ansatz von 18 000 DM zur Verfügung stand, der zu dem Zeitpunkt schon anderweitig in Anspruch genommen war, hat das Bundesministerium der Finanzen auf Antrag einen Betrag von 160 000 DM überplanmäßig bewilligt.

Der Bundesrechnungshof ist über diesen Sachverhalt unterrichtet.

